

Die Kommunen sollten die Möglichkeit erhalten, finanzielle Erträge aus EE-Anlagen außerhalb vom kommunalen Haushalt zu verwalten.



Der Geschlechterforscher

Der Eyeopener, der uns hier in den Sinn kommt, ist die – positive oder negative – Betroffenheit.

Die Bürger:innen sind durch die Windenergieanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft von eher unangenehmen Begleiterscheinungen wie Schlagschatten oder Infraschall betroffen. Das ist auch kaum zu vermeiden. Aber wenn der Spielplatz durch die Einnahmen aus der Windenergie attraktiver gemacht werden kann, dann sind sie auch in einem positiven

Sinne von den Windenergieanlagen betroffen.

Aber auch hier gilt, dass bei der Umsetzung einer solchen Idee neue Ungerechtigkeiten, Macht- und Herrschaftsverhältnisse oder Ein- und Ausschlüsse entstehen können. Beispielsweise, wenn die Entscheidung über die Mittelverwendung undemokratisch verläuft, einzelne Gruppen und ihre Bedarfe bevorzugt bedient werden, während andere selten oder nie berücksichtigt werden.

Der Planer

Es gibt ja solche Stiftungsmodelle, die sind dann halt nicht kommunal getragen – müsste man nochmal hingucken. Aber egal, wo über was entschieden wird – ich habe jetzt zumindest gelernt, welche Aspekte ich mit einer solchen gendersensiblen Planung besser in den Blick kriege. Wie genau ich das in meiner alltäglichen Praxis auch umgesetzt kriege, darüber muss ich noch ein bisschen nachdenken.



Der Bürgermeister

Ich habe einen eigentlich ganz einfachen Wunsch: Ich möchte die Einnahmen, die die Kommune aus den Windenergieanlagen generiert, außerhalb meines Kommunalhaushalts verwenden dürfen. Ich würde dann eine Stiftung gründen, die sich daraus finanziert. Und diese Stiftung könnte Dinge tun, die für die Bürger:innen wirklich wichtig sind, zum Beispiel endlich den Spielplatz modernisieren.

Wenn die Einnahmen in den Haushalt eingehen, dann werden damit die Haushaltslöcher gestopft – und das kriegt keiner mit. Wenn ich davon aber einen Spielplatz attraktiver machen kann, dann wird der Nutzen der Windenergieanlagen auch sichtbar. Und ich bin davon überzeugt, dass die Bürger:innen dann auch eher bereit wären, die Unannehmlichkeiten, die damit einhergehen, in Kauf zu nehmen.

